

Zum eingereichten Antrag:  
**Rechte der Natur und Tiere als Rechtssubjekt**

**Antragstellend:** 10 Mitglieder der PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ

**Antragstext:**

Der 44. Bundesparteitag der PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ möge beschließen, folgende Ergänzungen (in Grün markiert) sowie Streichungen am Antragstext vorzunehmen:

**1.14 Rechte der Natur und Tiere als Rechtssubjekt**

Weltweit nimmt die Zahl der Vorschriften und Gesetze zum Schutz der Natur **und der Tiere** zu. Auch in Deutschland. Dennoch verschlechtern sich Natur, Lebensbedingungen für Tiere und Ökosysteme rapide. Weltweit sind eine Million Pflanzen- und Tierarten vom Aussterben bedroht. Die PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ möchte dem unzureichenden Tier- und Naturschutz in Deutschland ein Ende setzen, indem sie der Natur und den Tieren grundlegende Rechte als Rechtssubjekt einräumt. **Dadurch soll die Natur vor schädlichen menschlichen Aktivitäten, wie Umweltverschmutzung, Raubbau an natürlichen Ressourcen und Zerstörung von Ökosystemen geschützt werden. Des Weiteren erhoffen wir uns, dass die Anerkennung der Rechte der Natur und Tiere als Rechtssubjekt zu einer Bewusstseinsbildung beiträgt und einen Wertewandel in Bezug auf die Beziehung zwischen Mensch, Tier, Natur und unsere empfindlichen Ökosysteme, als Lebensraum und Lebensgrundlage aller Lebewesen fördert.**

**Natur:**

Ohne Natur gibt es keine saubere Luft, kein Wasser und keine Nahrung. Keine der bestehenden Naturschutzbestimmungen scheint jedoch die Natur für heutige und zukünftige Generationen ausreichend zu schützen. **Und es ist an der Tagesordnung, dass sich auf die Einhaltung dieser Vorschriften nicht verlassen werden kann. Oftmals müssen Naturschutzverbände von ihrem Klagerecht Gebrauch machen, um die Berücksichtigung von Vorgaben durchzusetzen. Wenn Grundrechte für die Natur anerkannt werden, müssen die Interessen der Natur aus einer ganz anderen Perspektive berücksichtigt werden. ~~werden die Interessen der Natur bereits im Vorfeld berücksichtigt und nicht erst im Nachhinein vor Gericht geklärt.~~ Die Natur nur zu schützen und im Zweifel der Interessensabwägung Schäden hinzunehmen, wäre dann keine Option mehr, da sie über eigenständige Rechte verfügt, die mit weitaus mehr Konsequenzen vor Gericht geltend gemacht werden können, sofern sie nicht eingehalten werden. Durch die Anerkennung der Rechte der Natur als Rechtssubjekt wird die Möglichkeit geschaffen, dass Menschen und Organisationen im Namen der Natur auftreten und ihre Interessen vor Gericht vertreten können. Dies stärkt die Position der Natur und ermöglicht eine wirksamere Vertretung ihrer Belange.** Die PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ möchte eine Naturkonsultation für die Rechte der Natur im Grundgesetz etablieren. Hierfür sollen Rechtswissenschaftler:innen, Wissenschaftler:innen, Naturverbände und Bürger:innen in einen Dialog treten. Weltweit gibt es inzwischen über 400 Initiativen, die Naturrechte in

der lokalen und nationalen Gesetzgebung anerkennen. Das erste Land der Welt, das Naturrechte in seiner Verfassung verankert hat, war Ecuador. In Europa gibt es verschiedene Initiativen, die prüfen, wie Rechte für die Natur im (Verfassungs-)Recht verankert werden sollten.

## Tiere

In unseren Gesetzbüchern sind Tiere zwar per se keine Sache mehr, dennoch werden sie in der Konsequenz als solche behandelt. ~~Tiere immer noch als Objekt mit dem Menschen als Eigentümer betrachtet. Sie werden entrechtet und sind für den menschlichen Gebrauch und Besitz bestimmt.~~

Die Einführung der Gesetzessammlung zum Tierschutzrecht (TierSchR, Beck-Texte, 3. Auflage, 2014)) stellt fest: „Das Tierschutzgesetz (Nr. 1) als die zentrale Vorschrift des Tierschutzrechts setzt pragmatisch die faktisch vorhandene weit reichende Nutzung von Tieren durch den Menschen voraus; es statuiert kein eigenes Recht der Tiere, (...)“

Und diese vorausgesetzte Nutzung führt zu großen Leiden der Tiere, da deren Interessen stets in der Abwägung zur Nutzung durch den Menschen steht.

Das für unsere Erde notwendige Gleichgewicht und **die**, für Tiere nötige, Anerkennung als fühlende Lebewesen mit ausgestatteten Grundrechten, sollte sich in unseren Gesetzen widerspiegeln.

Im Grundgesetz verankerte Rechte sichern den Tieren die notwendigen Grundlagen zu, um der Interessenabwägung durch den Menschen zu entgehen. Denn nur so kann wirklich sichergestellt werden, dass den Tieren keine Schmerzen und Leiden mehr zugefügt werden, da unabhängig der Gründe, die dafür evtl. bestehen würden, ihnen keine solchen mehr zugefügt werden dürfen.

## **Begründung der Änderungen:**

Die Notwendigkeit der Schaffung von subjektiven Rechten wurde ausführlicher dargelegt sowie gesonderte Teile für Natur und Tiere erstellt. Die Erläuterung der rechtlichen Hintergründe wurden angepasst und die Vorteile für Natur- und Tierschutz deutlicher erklärt.



Miriam Broux, 11696



Aida Spiegeler Castaneda, 10555



Petra Melchin, 12811



Bastian Röhm, 12478



Robert Gabel, 10188



Elke Weihusen, 12889



Martin Ullrich, 12905



Anja Hübner, 11892



Markus Kirschning, 12181



Nina Maas, 12359